



Europa nach der Wahl in Frankreich - Was nun?

8. Mai 2017 in Hannover

Die Stichwahlen am 7. Mai in Frankreich haben es entschieden. Der linksliberale Kandidat Emmanuel Macron konnte die Wahl zum neuen Präsidenten mit 66 Prozent der Wählerstimmen für sich entscheiden. Seine Kontrahentin Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National lag in den Umfragen lange vorne, hatte jedoch gerade in der letzten Woche vor der Entscheidung mit einem großen Stimmenverlust zu kämpfen und musste sich mit knapp 34% geschlagen geben. Doch was für Auswirkungen hat dieser Ausgang auf die europäische Politik und das deutsch-französische Verhältnis?

Vor diesem Hintergrund lud die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen (FES) gemeinsam mit dem Europäischen Informationszentrum Niedersachsen (EiZ) und Antenne Métropole am 8. Mai 2017 in das Leibnizhaus Hannover, um im Rahmen einer Podiumsveranstaltung unter dem Titel „Europa nach der Wahl in Frankreich - was nun?“ die Bedeutung der Abstimmung für Frankreich, das „Projekt Europa“ und Deutschland zu diskutieren. Gäste auf dem Podium waren **Bernd Lange MdEP**, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament, **Isabelle Maras** vom Centre

international de formation européenne und **Bernhard Schmid**, Jurist und Autor. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin **Cosima Schmitt**.

Nach einer kurzen Begrüßung von **Laure Dréano-Mayer**, Leiterin von Antenne Métropole und **Urban Überschär**, Leiter der FES Niedersachsen, hielt **Birgit Honé**, Staatssekretärin für Europa und Regionale Landesentwicklung, eine kurze Einführung, in der sie unter anderem betonte, dass trotz der Erleichterung über das Wahlergebnis auch Sorge über die vielen Nicht-Wähler_innen und die zahlreichen Wähler_innen von Marine Le Pen mitschwingt und die Gefahr eines Rechtsrucks noch nicht gebannt sei.



Birgit Honé

„Frankreich ist ein gespaltenes Land“ und diese Spaltung zu überwinden, werde eine der größten Herausforderungen des neuen Präsidenten sein, so Honé.



Isabelle Maras

Anschließend betont Isabelle Maras, dass das deutsch-französische Tandem als Motor für die Zusammenarbeit innerhalb der EU funktionieren könne und zeigte sich optimistisch. „Deutschland hat wieder einen starken Partner - jemanden, mit dem man diskutieren und Kompromisse finden kann.“ Außerdem verwies sie auf das Streben Macrons nach mehr europäischer Integration, einem gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds und auf seinen klaren Willen zu Reformen.

Bernhard Schmid hingegen beschränkte sich in seinem Kurzstatement vor allem auf die Rolle des Front National. Er erklärte, dass die Partei zuletzt vor allem zwei gegensätzliche Strategien verfolgte. Hierbei habe sich die zweite, nach dem Grundsatz, „wir sind nicht rechts, nicht links – sondern von allen gleich entfernt“, zuletzt besonders durchgesetzt. Außerdem hob er hervor, dass der Front National bei dieser Wahl zum ersten Mal als wählbare Partei wahrgenommen worden sei.

Bernd Lange MdEP konzentrierte sich auf die soziale Zerrüttung der französischen Gesellschaft und kritisierte auch den Konflikt innerhalb der sozialistischen Partei. Für Lange steht fest: „Macrons Partei ist nicht per se die fortschrittlichste, darum müssen die Sozialdemokraten am Ball bleiben“. Macron sei zwar liberal, stelle aber soziale Belange nicht unbedingt in den Vordergrund



Cosima Schmitt (Moderatorin), Bernd Lange MdEP, Bernhard Schmid, Isabelle Maras (v.l.n.r.)

nimmt. Schmid wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 61 Prozent der Franzosen und Französinnen nicht wünschten, dass Macron eine Mehrheit in der Nationalversammlung bekommt und ihn "nur als Gegenkandidat gegen rechts gewählt" hätten. Außerdem sei damit zu rechnen, dass der Front National sicher stärker abschneiden werde als vor fünf Jahren. Maras betonte darüber hinaus, dass Macron die soziale Lage vieler Französinnen und Franzosen verbessern müsse. In Frankreich müsse außerdem die politische Bildung gestärkt werden.

In Bezug auf den hohen Zuwachs junger Menschen, die den Front National gewählt haben, erklärte Lange, dass vor allem die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen dafür ursächlich sei. Schmid argumentierte dagegen, dass die Wählerschaft der 35-44jährigen und der 44-55jährigen besonders stark Le Pen gewählt hätten.

Die Fragen aus dem Publikum richteten sich auch auf die bevorstehende Situation in Deutschland und Europa. Zu der Frage, was in Deutschland passieren müsse, damit Macron eine Chance in Frankreich habe, bezog Lange sich auf einen erhofften Wandel durch die anstehenden Wahlen in Deutschland im September. Außerdem müsste die Währungsunion einheitlicher gestaltet und somit die Eurostrukturen gestärkt werden.

In der darauffolgenden Podiumsdiskussion ging es zunächst darum, was Macrons Ziele sind und wie sicher es überhaupt ist, dass die Wahl zur Nationalversammlung

im Juni 2017 einen für ihn positiven Ausgang

Auch der weitere Ausbau der Europäischen Union zur echten politischen Union, der in den Nationalstaaten oft kritisch gesehen würde, müsse nach vorne gebracht werden. Schmid ist sich sicher, dass „Einigungen auf bestimmte Fortschritte in der EU (...) das Bild über die EU verändern“ werden.

Auf die Frage, wie man vor allem auch junge Menschen für die EU begeistern und mitreißen könne, hob Maras das Schlüsselwort „Kommunikation“ in den Vordergrund. Genauso wichtig sei zudem politische Bildung. Laut Maras werde in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland „nicht diskutiert, sondern geplaudert“. Hierbei sei es besonders wichtig, dass Jugendliche gefördert würden, um Wissen zu erlangen, wie Projekte organisiert werden können. Schmid ergänzt dazu, dass auch kollektive Akteure und zivilgesellschaftliches Engagement gefördert werden müssten und NGOs in Frankreich und Deutschland „zusammenarbeiten und nicht durch unrealistische unbürokratische Bedingungen gebremst werden“ dürften.



Zahlreiche Gespräche im Anschluss an die Veranstaltung bewiesen, wie besorgt und interessiert viele der Gäste an diesem Abend über die Lage in unserem Nachbarland sind. Vielleicht auch, weil die Relevanz für die aktuelle Situation auch in Deutschland durchaus für alle auf der Hand liegt und die Sorge nach einem Erstarken antidemokratischer und antieuropäischer Kräfte viele Menschen in Europa umtreibt.